AZ: 61-26-186A / Frau Nüssle

Drucksache Nr.: 0724/2018/DS

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Planungs- und Umweltausschuss	02.12.2020	Ö	Endg. entsch. Stelle

Berichtersteller:

OBM / Stadtbaurat

Verhandlungsgegenstand:

Bebauungsplan Nr. 186 A "Färberstraße / Luisenstraße"

- **Bestätigung der durchgeführten frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**
- **Billigung des Entwurfs**
- **Beschluss zur öffentlichen Auslegung**

Antrag:

1. Die Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung vom 15.09.2020 werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 186 A „Färberstraße / Luisenstraße“ für die Gemeinbedarfsfläche Ecke Färberstraße / Luisenstraße im Grenzbereich der Stadtteile Böcklersiedlung-Bugenhagen und Stadtmitte, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie der dazugehörigen Begründung, werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
3. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 186 A „Färberstraße / Luisenstraße“ mit der dazugehörigen Begründung ist nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch öffentlich auszulegen; die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind nach § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

ISEK: Attraktive schulische Bildungsmöglichkeiten bieten

Finanzielle Auswirkungen: Allgemeine Verwaltungskosten

Auswirkungen auf den Klimaschutz: Ja - positiv
 Ja - negativ
 Nein

Begründung:

Der Planungs- und Umweltausschuss hat in seiner öffentlichen Sitzung am 26.08.2020 den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 186 „Färberstraße / Luisenstraße“ gefasst.

Der Aufstellungsbeschluss hatte den Geltungsbereich für das Gebiet zwischen Färberstraße, Luisenstraße, Steinmetzstraße und Roonstraße zum Gegenstand. Neben der Erweiterung der Wilhelm-Tanck-Schule sollte im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans eine Nachverdichtung des Blockinnenbereichs sowie die Umsetzung der Maßnahmen der Städtebauförderung im Sanierungsgebiet „Stadtteil West“ geprüft werden.

Da die Überplanung des gesamten Quartiers durch teilweise entgegenstehende Anforderungen an den Blockinnenbereich das Verfahren zeitlich in die Länge gezogen hätte und gleichzeitig das dringende Erfordernis der Erweiterung der Schule besteht, wird die Überplanung des Schulstandortes zeitlich vorgezogen. Aus diesem Grund wird der vom Planungs- und Umweltausschuss der Stadt Neumünster am 26.08.2020 zum Aufstellungsbeschluss gefasste Geltungsbereich in die Teilgebiete A und B (Bebauungsplan Nr. 186 A und 186 B) aufgeteilt.

Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung für die Stadt Neumünster wurde deutlich, dass der Schulstandort der Wilhelm-Tanck-Schule eine hohe Bedeutung für die Schullandschaft von Neumünster hat. Nur durch die Schaffung von zusätzlichen Räumen, kann dem Beschluss der Ratsversammlung vom 18.07.2017 nachgegangen und eine 3-zügige Gemeinschaftsschule mit Offenem Ganztagsbetrieb umgesetzt werden. Ein durch die Ratsversammlung erteilter Prüfauftrag, in welcher Art und Weise die zusätzlichen Raumangebote geschaffen werden sollen, ergab, dass zu diesem Zweck ein Neubau direkt angrenzend an das bestehende Schulgebäude auf dem Schulgrundstück errichtet werden soll.

Um dieses Vorhaben umsetzen zu können, bedarf es der Aufstellung eines Bebauungsplanes, da der für die Erweiterung erforderliche Baukörper sich nicht in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt.

Am 15. September 2020 fand im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung der beiden Stadtteilbeiräte Böcklersiedlung-Bugenhagen und Stadtmitte eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit zur Planung in Form einer Bürgeranhörung statt. Die gestellten Fragen und Anregungen sind in der anliegenden Niederschrift zusammengefasst (**Anlage 4**). Es ergaben sich dabei keine Anregungen, die zu einer Änderung der Planung hinsichtlich der Schulerweiterung geführt haben. Die Planung wurde von beiden Stadtteilbeiräten begrüßt.

Auf der Grundlage der ausgearbeiteten und verwaltungsintern abgestimmten Entwurfsunterlagen zum Bebauungsplan Nr. 186 A (**Anlagen 1 bis 3**) sollen nunmehr die Verfahrensschritte der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchgeführt werden.

Da es sich bei der Planung um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung handelt, findet das beschleunigte Aufstellungsverfahren nach § 13 a BauGB Anwendung. Hiernach entfällt die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltprüfung. Darüber hinaus gelten die mit der Planung verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft als bereits erfolgt oder zulässig; sie lösen daher kein Kompensationserfordernis aus. Das Plangebiet ist im Flächennutzungsplan als Wohnbaufläche und Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbindung Schule dargestellt. Für die Erweiterung der Schule ist es notwendig, eine Teilfläche von ca. 1.450 m² von der Wohnbaufläche der Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung Schule zuzuordnen. Die Nutzung wird im Zuge der Berichtigung des Flächennutzungsplanes angepasst.

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Zentrale Zielsetzung der Bauleitplanung ist es, eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung zu gewähren, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen berücksichtigt. Gleichzeitig wirkt sich jede Bauleitplanung unmittelbar oder mittelbar auf den Klimaschutz aus. Der Bundesgesetzgeber hat aus diesem Grund insbesondere mit der Klimaschutznovelle 2011 die Belange des Klimaschutzes hervorgehoben und den planenden Kommunen als Planungsleitsätze vorgegeben (u. a. § 1 Abs. 5 und Abs. 6 Nr. 7 a BauGB). Diese Betonung spiegelt sich u. a. im Vorrang der Innenentwicklung oder in dem Gebot des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden bzw. der Verpflichtung der Versiegelungsminimierung (§ 1 a Abs. 2 BauGB) wider.

Bei den häufigsten Bauleitplanverfahren sind sowohl positive als auch negative Auswirkungen auf das Klima zu erwarten. Positive Beispiele sind kurze Wege durch die Wahl von integrierten Standorten oder verbesserte energetische Standards bei Neubauten gegenüber Bestandsgebäuden zu nennen. Negativ hingegen wirken sich die zumeist unvermeidbaren Flächenversiegelungen aus. Es ist anzustreben, dass die negativen Auswirkungen der Planung auf das Klima minimiert werden. Hierfür wurden im Planungsprozess frühzeitig Maßnahmen mit den entsprechenden Fachböden definiert und in die Planung integriert. Dazu gehören unter anderem die Ausweisung von Dachbegrünung auf Flachdächern und flach geneigten Dächern sowie die Festsetzung Stellplatzanlagen mit wasserdurchlässigen Materialien auszubilden. Die Nachverdichtung von Blockinnenbereichen ist einer baulichen Entwicklung in den Außenbereich hinein grundsätzlich der Vorzug zu geben. Hier ist zusätzlich durch den bereits bestehenden Schulstandort keine Alternative zur Deckung des Raumbedarfs erkennbar. Diesem positiven Effekt für den Klimaschutz (zentrale Lage, kein zusätzlicher Erschließungsaufwand) stehen durch die Inanspruchnahme durchgrünter Flächen mit Wirkung auf das Kleinklima ggf. negative Wirkungen entgegen.

Im Auftrage

Dr. Olaf Tauras
Oberbürgermeister

Thorsten Kubiak
Stadtbaurat

Anlagen:

- 01 Entwurf der Planzeichnung – Teil A (verkleinert) mit Legende
- 02 Entwurf der textlichen Festsetzungen – Teil B
- 03 Entwurf der Begründung, Stand: 23.10.2020
- 04 Niederschrift zur Bürgeranhörung vom 15. September 2020

Im Ratsinformationssystem zu dieser Drucksache oder zu den Dienstzeiten in der Stadtverwaltung (Stadthaus) einsehbar ist folgendes Gutachten:

- 05 Schalltechnische Untersuchung, M+O Immissionsschutz, Oststeinbeck, 01. Okt. 2020